

Laibacher Zeitung.

Nr. 282.

Pränumerationspreis: Om Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 6.50. Für die Bestellung ins Land halbj. fl. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 10. Dezember

Insertionsgebühr: Für kleine Anzeigen bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei sonstigen Wissenshungen pr. Zeile 8 kr.

1874.

Amtlicher Theil.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 24. November d. J. dem Obmann der Bezirksvertretung zu Boitsberg, Joseph Scholz, in Anerkennung seines opferwilligen Wirkens im Interesse des Volkschulwesens das Ritterkreuz des Franz Joseph-Denkmals allernächst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Budgetdebatte.

Ueber die Action des österreichischen Abgeordnetenhauses äußert sich der „P. Loh“ unterm 5. d. in nachstehendem Artikel: „Die Budgetdebatte nimmt einen sehr weiten Verlauf. Weder die liberale noch die staatsrechtliche Opposition hat bis jetzt ihre besten Kräfte ins Feld geführt und die Regierungspartei, die gedeckte Stellung des Ministeriums überblickend, kann auf die Theilnahme an den Verhandlungen fast ganz verzichten. Dennoch sind letztere weit davon entfernt, einen günstigen oder beruhigenden Eindruck zu machen. Wahrhaft erschreckende Bilder der ökonomischen Lage Österreichs rollen sich vor unseren Blicken auf. Das Bedürfnis nach Hilfe, nach Abwendung der Gefahren, welche die materielle Entwicklung des Reiches bedrohen, ist ein so dringendes und allseitiges, daß es von jenen selbst nicht mehr geleugnet werden kann, welche die wirtschaftlichen Katastrophen der jüngsten Zeit einfach in die Kategorie vorübergehender Wölfenscalamitäten einzureihen bemüht waren. Aber allen diesen Gefahren steht man ratlos gegenüber. Nicht ein positiver und fruchtbare Gedanke hat bis jetzt die Verhandlungen erhellt, nicht ein erfolgverheißender Vorschlag ist aus den ungehemmten Strömungen dieser Debatte emporgetaucht.“

An sehr radicalen Aussassungen der Lage hat es allerdings nicht gefehlt. Insbesondere von klerikaler Seite ist zur Rettung des Staates nichts geringeres als seine völlige Umkehr gefordert worden. Aller Flucht hafet an den liberalen Institutionen. Wie gut es sich unter dem Krummstab wohnen lasse, bezeugt schon ein altes deutsches Sprichwort und der Krummstab war ein notwendiges Attribut auch des patriarchalischen Staates. Wie einfach ordneten sich damals alle Verhältnisse, welch' väterlicher Geist — väterlich auch in seiner Strenge — beherrschte sie! Die Ideale des staatlichen Lebens liegen hinter uns, nicht vor uns. Denn der moderne Staat hat den Kampf aufgenommen, der die Weltgeschichte bewegt, den Kampf des Unglaubens gegen den Glauben, und notwendig muß er alle lebensfähige Volkskraft für eine Aufgabe von solchen Dimensionen ausbieten und verschwenden.

Hierin liegt die Wurzel aller der Krisen, von welchen die europäischen Staaten übereinstimmend bewegt

werden. Man könnte nun allerdings mit einem Witzwort Heine's erwideren, daß in unserer ökonomischen Lage der Credit vielleicht erwünschter und erfreulicher wäre als der Glaube. Aber es ist unzweifelhaft manches Wahre in den Beweisungen enthalten, die der österreichische Abgeordnete Greuter in so drastischer Weise entwickelt hat. Es ist nicht zu leugnen: der moderne Staat stellt wahrhaft unglaubliche Forderungen an seine Bürger. Er nimmt ihre Wehrkraft wie ihre materielle Leistungsfähigkeit gleich unerbittlich in Anspruch. Er zwingt sie zur Theilnahme an der Justiz, zur Uebung des unentlohnnten Ehrenamtes, nach zahlreichen Richtungen hin beschränkt er die Freiheit und Selbständigkeit der Persönlichkeit. Der staatliche Zwang geleitet das Kind in die Schule, preist dem Jüngling die Waffe in die Hand, entzieht dem Manne manche Frucht schwerer Arbeit, verfolgt den Kreis bis zu seiner letzten Ruhestätte auf dem konfessionslosen Friedhofe. Wer über die Tendenz des Staates klagt, alle Lebenserschöpfungen in seinen Machtbereich zu ziehen, wer seine Omnipotenz, seine byzantinische Richtung, wie die Wallenrodts und Reichenberger, die Windthorst und Schorlemmer sagen würden, zu bekämpfen entschlossen ist, wird weder des Objekts für seine Angriffe, noch eines dankbaren Publicums zu entrichten haben.

Das Wahre an der Sache ist, der konstitutionelle Staat ist nirgends in der Welt ein billiger Staat. Aber auch die absolutistischen Staaten haben aufgerückt es zu sein. Das liegt in der Natur des vorwärtsstreitenden Lebens und der Entwicklung zahlreicher, fast ungewöhnlicher Interessen. Stellt der Staat erhöhte Ansprüche an den einzelnen, so werden umgekehrt erhöhte Ansprüche an den Staat gestellt. Die freiheitlichen Tendenzen der modernen Bewegung der Geister kommen dabei nicht in Betracht. Die Sorge für Erziehung und Unterricht, für die Rechtspflege und den Schutz des einzelnen Bürgers, für die Vertheidigung nach außen und die Wahrung der politischen Interessen, die jetzt von dem Staat in Anspruch genommen wird, unterscheiden sich weit von den bescheidenen Zumutungen, die einst an ihn gestellt wurden. Der Reconstruction des Staates auf der Basis der Greuter'schen Vorstellungen müßte vor allem der Verzicht auf die idealsten Güter unseres öffentlichen Lebens vorausgehen. Es wäre der Verzicht auf die mühsam erworbenen Errungenschaften der Kultur und ihrer civilisatorischen Früchte.

Indes hier handelt es sich um Phantasien, die den naturnothwendigen Gang der staatlichen Entwicklung nicht aufzuhalten vermögen. Zu der brennenden Frage des Augenblicks passen die Greuter'schen Ausführungen umso weniger, als man gerade auf diesem Gebiete dem Staat weit weniger die unstatthaftste Potenzierung seiner Macht und allzu gewaltames Eingreifen in die Verhältnisse, als vielmehr die Lässigkeit und Indolenz, mit welcher er dem Fortschreiten der Krisis zusah, zum Vorwurfe zu machen geneigt ist. In der That hat jenseits

der Letztha das Prinzip des Jubelregierens dem Prinzip des Garnichtregierens etwas unvermittelte Platz gemacht. Das österreichische Ministerium vermag sich allerdings darauf zu berufen, daß auch die Volksvertretung den Aufgaben, die sich hier ergeben haben, nicht gewachsen ist. Allein das mag Herrn Dr. Pretis persönlich zur Genugthuung gereichen, es verbessert in nichts die Lage des Staates. In Wahrheit beweist es auch nichts gegen die konstitutionelle Staatsform. Denn wenn der Constitutionalismus auch nicht kräftig genug ist, Abhilfe zu schaffen, so weiß er doch wenigstens die Experimente hintanzuhalten, die unter gleichen Verhältnissen der Absolutismus dem Lande sicher nicht erwart hätte.

Nach dieser Seite wenigstens wird es dem österreichischen Reichsrath wie gesagt nicht schwer sein, seine Schuldigkeit zu thun. Aber auch noch einer andern Richtung hin. Wenn in der gegenwärtigen Lage Verstand und Scharfsinn der Regierung und des Parlaments nicht ausreichen, dem Staat neue Hilfesquellen zu erschließen, mit productiven Mitteln und schöpferischen Ideen an ihn heranzutreten, so liegt ihnen um so gebieterischer die Erfüllung einer anderen Pflicht ob, der Pflicht strengster und gewissenhaftester Sparsamkeit. Glücklicherweise ist diesem Gedanken in den bisherigen Debatten so lebhafte und entschiedener Ausdruck gegeben worden, daß wir dem nichts hinzuzufügen haben. Sparsamkeit ist allerdings eine wesentlich negative Tugend. Es wäre thöricht, den Wohlstand eines ganzen Landes von ihr allein abhängig zu machen. Aber wie die Dinge jetzt liegen, ist sie eben die einzige Tugend, die geblübt werden kann, und wir hoffen, daß das österreichische Abgeordnetenhaus trotz seiner großen ministeriellen Mehrheit sich in dieser moralischen Erkenntnis unerschütterlich erwiesen und der Bevölkerung in enigstens nach dieser Seite hin die beruhigende Gewissheit verschaffen wird, daß ihre Interessen nicht schullos jeder Willkür und jedem Zufalle preisgegeben sind.“

Reichsrath.

86. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 5. Dezember.
Präsident Dr. Reichbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Exellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Lasser, Dr. Vanhans, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter v. Chlumeky, Freiherr v. Pretis, Oberst Horst und Dr. v. Biemackowski.

Der Herr Finanzminister legt einen Gesetzentwurf, betreffend die Zollgebühren für die Einführung ausländischer Tabaksorten, vor.

Die Budgetdebatte wird fortgesetzt. Über Antrag des Finanzausschusses werden die Petitionen,

Feuilleton.

Irrsinnig.*

Roman von W. Henrichs.

Sechstes Kapitel.

(Fortsetzung.)

Nachdem Karoline ihren Platz am Tische eingenommen, was sie, wie Lord Geraldin, bemerkte mit sehr viel Lust und Grazie that, entfernte sich der Doctor, indem er beiden Patienten guten Appétit wünschte.

Karolinens Züge, welche bisher den Ausdruck verschieden Blödsins angenommen hatten, trugen jetzt ihren natürlichen Charakter, den — sanfter Weiblichkeit und einer stillen, freundlichen Theilnahme. Sie verrichtete ihr Amt des Vorlegens mit großer Anmut, und in ihrer Stimme, wenn sie ihn fragte, von welcher Schlüssel er zu haben wünschen, lag ein besonderer Wohlklang.

Lord Geraldins Blick weiste überrascht auf ihrem blässen, intelligenten Antlitz. „Armes Kind,“ dachte er, „welches Leid hat dich wohl deines Verstandes beraubt. Gewiß hat auch dir ein Verräther, der mit deiner Unbefangenheit spielt, dein Herz gebrochen. Wir sind Beideinsgefährten, deren verrathene Gefühle zu einem und denselben Abgrunde führen. Mögest du bald gesunden,

wie ich, und mögest du, wie ich, jedes zärtliche Gefühl aus deinem Busen verbannen können.“ Mit regem Interesse folgte er jeder ihrer Bewegungen. Die kleine, seine Hand, die wohlgepflegten Nägel, die Ruhe, welche über die ganze Gestalt ausgegossen war, alles dieses mußte ihn an einer Wahnsinnigen überraschen, denn er erinnerte sich nur zu wohl, in welchen melancholischen Zustände er sich selbst befand, als ihm nach Monaten zum erstenmal wieder ein Strahl geistigen Lichts dämmerte. Die ganze Erscheinung in ihrer einfachen, bescheidenen Viehlichkeit war ihm ein Rätsel, er mußte wissen, ob sie zu denken fähig, ob sie sich ihres Zustandes bewußt sei. Er fragte daher mit einem freundlich auf sie geheseten, prüfenden Blicke:

„Dr. Pritchard sagte mir, Sie seien auch keine Patientin. Sind Sie schon lange hier?“

Karoline antwortete mit leiser Stimme und mit einem scheuen Blicke in die Höhe, als ob sie fürchte, gehört zu werden: „Vorläufig drei Jahre.“

„Drei Jahre schon?“ fragte der Fremde, und setzte halblaut hinzu: „Armes Kind! so jung, so schön und so unglücklich.“

Karoline hörte jedes Wort und bei der letzten Bemerkung trat ihr eine Thräne ins Auge. Hier war einmal ein menschliches Gefühl — dies übermannte sie, die seit drei Jahren nur unter Tränen gewandelt. Hier fand sie Theilnahme bei einem Fremden, noch ehe er ihren Kummer kannte.

Lord Geraldin sah die Thräne, wie schnell sie auch dieselbe zu unterdrücken bemüht war. „Sie weint,“

sprach er halblaut zu sich selbst, ein sickeres Beleben von Empfindungen, deren der Wahnsinn nicht fähig ist, sie ist wahrlich nicht unheilbar!“

„Armes Kind,“ fuhr er dann laut fort, und ergriff ihre Hand. „Haben Sie keine Eltern mehr?“

Karoline erlebte im Orte des überwallenden Gefühls. Das Herz pochte ihr fast hördar und sie konnte keinen Laut hervorbringen; sie schlüttelte verneinend das Haupt, indem sie es von ihm abwandte, um eine neue Thräne zu verbergen.

„Ich bedauere,“ sagte er theilnahmsvoll, „dass ich eine Saite berührte, die Sie schmerzte. Es ist das Unglück, daß auch mir nicht fremd ist, welches meine innigste Theilnahme mit dem Ihrigen erweckt. Verzeihen Sie mir!“

Karoline hatte sich während seiner Rede zu fassen gesucht. Sie trocknete ihre Thränen. Dann wandte sie sich mit einem lächelnden Blicke in den sausten, braunen Augen zu ihm und sagte: „O, bitte fahren Sie fort, Sie wissen nicht, wie wohl mir ihre mitleidvolle Stimme thut; ich habe lange keine ähnliche gehört, da her meine Rührung bei den ersten Ihrer Worte. Ich habe hier gelernt, Marter jeder Art, körperliche und geistige zu ertragen, ich konnte trocknen Auges zusehen, wie man meine Seele zu morden versuchte — aber die süße Stimme des Mitgefühls, so unbekannt in diesen Mauern, sand mich schwach und zitternd.“

„Diese Sprache“ — sagte Lord Geraldin aufs Höchste erstaunt, „diese Sprache — verzeihen Sie mir — ist nicht die einer Wahnsinnigen, einer Unheilbaren

betreffend die Regulierung einiger Strafen und jene der Wärtsch, der Regierung zur eingehenden Würdigung abgetreten.

Kapitel 7: Ministerium für Landesverteidigung 8.377,300 fl. Zu demselben bringt Abg. Dr. Heilsberg bezüglich der Einquartierung die Erlassung eines Gesetzes wegen gerechterer und gleicher Vertheilung der Einquartierungskosten in Anregung, von der Regierung die Initiative erwartend.

Dr. Roser empfiehlt die Unterstüzung armer Familien von Landwirten während ihrer Einberufung.

Der Berichterstatter Dr. Groß erklärt, daß der Finanzausschuß die im vorigen Jahre beschlossene Resolution wegen eines Einquartierungsgesetzes nicht wiederholte, weil nach Mittheilung des Ministers die Unterhandlungen mit Ungarn noch nicht zum Abschluß gediehen seien.

Minister Oberst Horst erklärt hierauf, daß die Unterhandlungen mit Ungarn bereits bei den Schlussberathungen angelangt seien und daß er im Monate Jänner nach Wiederzusammentritt des Reichsrathes das angestrebte Gesetz einbringen werde. Die Ausführungen Dr. Rosers wird der Minister in einer der nächsten Sitzungen nach Einvernehmen mit dem Reichskriegsministerium beantworten. (Bravo!)

Kapitel 7 wird sammt seiner Bedeckung ohne weitere Debatte angenommen.

Die Berathung des Kapitels 8: Unterricht, wird vertagt, weil der Ausschuß noch über die Nachtragsforderungen zu berathen hat.

Es wird auf Kapitel 9: Finanzen, 72.189,000 Gulden, übergegangen.

Der Präsident thieilt mit, daß vonseiten der Regierung Ministerialrat v. Auerhammer anwesend sei. — Die Debatte wird eröffnet.

Abg. Fux findet, daß bei den Finanzlandesdirektionen große Ersparungen möglich seien. Die Ökonomatämter könnten ganz wegfallen, auch die Finanzprocuraturen lassen Ersparungen zu. Desgleichen bei der Finanzwache, die in einzelnen Ländern mehr kostet, als ihre Aufsicht dort einbringt.

Abg. Schönerer wünscht, gestützt auf die Gutachten der Landescommissionen, daß die Grundsteuercommissionen gerechter zusammenge stellt werden, als es bisher geschah. So werden den Reclamationen der Steuerträger Böhmens weit mehr Rechnung getragen, als jenen von Niederösterreich. Die Grundsteuer-Regulierung dürfte bei solchen Verhältnissen nur sehr zweifelhaft, unbefriedigende Resultate liefern.

Specialberichterstatter Abg. Dumba spricht namens des Finanzausschusses den Wunsch aus, daß die Regierung besonders auf die endliche Erleichterung der Grundsteuer-Regulierungsarbeiten dringe, die bis jetzt schon dem Staat nicht weniger als 13 Millionen kosten.

Finanzminister Freiherr v. Pretis: Eine Aushebung der Finanzlandesdirektionen sei wohl nicht thunlich, da dies die Einheit stören würde. Dagegen stimme er der Auflösung der Ökonomate zu, weil er sich von deren Unzuverlässigkeit überzeugt hat. Die Finanzwache lasse sich nicht noch ihren Einnahmen regulieren, denn letztere dürfen bei Aussichtsorganen nicht in vorderste Besichtigung gelangen. Bezuglich der Durchführung der Grundsteuer-Regulierung erklärt der Minister, daß die Ausführungen des Abg. Schönerer auf unrichtigen Mittheilungen beruhen dürften. Ihm sei davon nichts bekannt, im Gegentheile seien ihm befriedigende Mittheilungen zugekommen. Die Vorarbeiten seien so weit gediehen, daß die Centralcommissionen bereits im Jänner zusammentreten könnten.

Wenn sie also das nicht sind — und ich denke, ich verstehe mich darauf, — warum sind Sie hier?

„Haßsüchtige Menschen halten mich hier gefangen, um sich meines Geldes zu bemächtigen,“ sagte Karoline. „O, wenn ich es nur wagen dürfte, Ihnen alle meine Leiden —“

„Entdecken Sie sich mir ohne Scheu,“ fiel er ihr in die Rede — „ich bin jetzt bei voller Willenskraft. Rechnen Sie auf mein innigstes Mitgefühl, aber auch auf meinen festen Beistand. Vertrauen Sie mir.“

„O, ich vertraue Ihnen ohne Rückhalt, Mylord,“ rief Karoline, „selbst wenn Sie mir nicht helfen können, ist es schon eine Wohltat für mich, zu hören, daß Sie mich nicht in eine Klasse mit den Tieren stellen; denn ich fühle mich oft so elend, daß ich selbst an meinem Beistand zu zweifeln beginne. — Doch dort sehe ich den Doctor kommen,“ versetzte sie ängstlich, „er darf nicht ahnen, daß noch ein Funke göttlicher Vernunft in meinem Gehirn vorhanden. Er würde mir nicht mehr gestatten, mich Ihnen zu nähern.“

„Auf morgen denn,“ sagte Lord Geraldin. „Ich werde Ihrer Erscheinung mit wahrem Interesse entgegensehen.“

Karoline hatte noch eben Zeit, ihre feinen Züge in blöden Stumpfzähnen umzuwandeln, den erregten, seelenvollen Blick mit den langen Augenlidern zu verschleiern, als der Doctor sich der Laube näherte und somit die Unterhaltung endete, welche, wie er bemerkte, seinen hohen Gast und Patienten recht ermuntert hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Hierauf wurden die Positionen des eigentlichen Staatsaufwandes mit 17.716,000 fl. und deren Bedeckung angenommen.

Sodann wird die Regierungsvorlage, betreffend das Ablehen der Stadt Tachau, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Kapitel 10: Allgemeine Kassenverwaltung, dann Kapitel 11: Directe Steuern 87.770,000 fl., werden angenommen.

Zu Kapitel 12: Zoll, 7.960,000 fl. Ausgaben und 21.326,600 fl. Einnahmen, bemerkt Abg. Neuwirth, daß während der letzten vier Jahre die österreichische Ausfuhr ein Deficit von 500 Millionen zu erleiden hatte. Der Ausschuß hat sich daher veranlaßt geschen, der Regierung in einer Resolution eine Reform des Zolltarifes und eine Revision der bestehenden Conventionaltarife anzuraten. Desgleichen wurde die Regierung aufgefordert, diese Vorlagen mit möglichster Beschleunigung zur gesetzlichen Behandlung einzubringen, da die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn bevorstehe.

Abg. Dr. Roser beantragt, die Regierung aufzufordern, zur leichteren Zollbehandlung den Nebenzollamtern größere Befugnisse zu ertheilen. — Wird unterstützt.

Abg. Teutschl knüpft an die vom Ausschusse beantragten Resolutionen an und empfiehlt der Regierung, bei der Reform des Zolltarifes sich nicht zu sehr von Schutzzollgedanken leiten zu lassen, denn eine Absperrung des Reiches vom Auslande würde nur von den verderblichsten Folgen für die heimische Industrie sein.

Der Berichterstatter Dr. Barant erklärt, daß der Ausschuß, als er die Resolution beschloß, nicht von diesen Befürchtungen geleitet werden konnte, weil es ihm um keine Absperrung, aber auch nicht um das weitgehende Freihändlerprinzip zu ihm war, das von noch größerem Schaden für die Industrie Österreichs wäre. (Bravo!)

Kap. 12 und die Resolution werden angenommen, der Antrag Rosers dem Budgetausschusse zugewiesen.

Kap. 13 Verzehrungssteuer, Erfordernis 4.730,200 fl., Bedeckung 59.900,000 fl.

Baron Hammer-Purgstall spricht gegen die Verzehrungssteuer auf Wein und Most und besonders gegen den der Landbevölkerung missliebigen Modus, dieselbe durch Pächter einheben zu lassen, und eittert zum Beweise die zahlreichen Petitionen aus Steiermark, die er der Regierung zur eingehenden Würdigung empfiehlt.

Abg. Staudel nimmt speciell auf Wien Rücksicht und beantragt, die Regierung aufzufordern, eine durchgreifende Revision der Verzehrungssteuer einzubringen, die Verzehrungssteuer bei den Liniendämmern in allen größeren Städten zu beseitigen und die Steuer auf Brennmaterialien, die schon im Vorjahr aufgehoben wurde, sei sofort aufzulassen. Wird unterstützt.

Abg. Wolfgram vertheidigt dagegen den Ausschußantrag.

Der Finanzminister bemerkt, er glaube nicht, daß man ihm zum Vorwurfe machen könnte, die Steuerschraube stramm anzuziehen. Im Gegentheile sei er auf die möglichste Erleichterung bedacht. Allein er könne der Aushebung der Verzehrungssteuer in Wien nicht zustimmen, da für deren bedeutenden Abgang auch ein Ersatz gefunden werden müßte, der nur in einer neuen Steuer läge, die ungerechterweise das ganze Land tragen müßte. Überdies glaubt der Minister, daß die Aushebung der Steuer für den Einzelnen kaum fühlbar sein würde. Die Resolution um Revision der Verzehrungssteuer halte er sich gegenwärtig. Die Resolution Staudels wird dem Budgetausschusse zugewiesen.

Kap. 13 wird vollständig angenommen.

Kap. 14 Salz, Erfordernis 3.610,700 fl., Einnahme 19.180,000 fl.

Abg. Fuchs kritisiert die unzureichende Qualität des Biehsalzes und wünscht nicht nur die Verbesserung desselben, sondern auch eine Preisherabsetzung desselben.

Zu der vom Ausschusse gefassten Resolution auf Ermäßigung der Salzpreise und Erzeugung eines billigen Biehsalzes nehmen Dr. Graf, Bärnstein und Neumayer Anlaß, um von der Regierung die endliche Beantwortung dieser schon im Vorjahr gefassten und jetzt wiederholten Resolution zu verlangen.

Der Finanzminister erklärt, daß er bei der allgemeinen finanziellen Lage nicht im stande sei, eine derartige Vorlage einzubringen.

Kap. 14 wird sammt der Bedeckung angenommen.

Kap. 15, Tabak. Erfordernis 24.238,700 fl., Einnahme 58.278,200 fl.

Abg. Dr. Heinrich macht auf den vermindernden Cigarrenkonsum aufmerksam, dessen Ursache er in der immer schlechter werdenden Qualität der Cigarren, in ihrer mangelhaften Erzeugung findet. Er beantragt eine Resolution, welche auf größere Sorgfalt in der Cigarrenfabrication abzielt. Wird unterstützt. Kap. 15 wird angenommen.

Kap. 16. Stempel. Erfordernis 300,000 fl., Einnahme 15.225,000 fl.

Abg. Fux stellt bezüglich der vom Ausschusse gefassten Resolution auf eine Gesetzesvorlage, betreffend die Herabminderung des Zeitungsstempels auf die Hälfte, den Antrag, derselbe sei ganz aufzuheben. Kap. 16 wird sammt der Resolution des Ausschusses angenommen;

dagegen der Fux'sche Antrag nach der Geschäftssordnung als nicht zulässig erklärt, weil es ein selbständiger Antrag über einen Gegenstand ist, der schon einmal in der selben Session abgelehnt wurde.

Kap. 17. Tagen und Gebühren von Rechts geschäften, Erfordernis 430,000 fl., Eingang 34 Millionen Gulden.

Abg. Dr. Heilsberg wünscht eine endliche Reform des Gebührengesetzes. (Bravo.) Kap. 17 wird angenommen.

Kap. 18. Lotto. Erfordernis 10.783,900 fl., Einnahme 17.293,700 fl.

Abg. Roser möchte am liebsten die sofortige Aufhebung des Lotto verlangen, nachdem der Justizminister Dr. Glaser in seinem Strafgesetze selbst erklärt, daß derjenige strafbar, der aus dem Glücksspiel ein Gewinn macht. (Große Heiterkeit.) Kap. 18 wird angenommen.

Kap. 19. Mauten. Erfordernis 262,500 fl. Ertrag 2.680,000 fl.

Hiezu spricht Dr. Kronawetter in ungebührlich langer Rede, während welcher ihn das Präsidium in Anschlag der späten Stunde zur Kürze mahnt, daß die Regierung die Gemeinden bei ihren gegenseitigen Vertragabschlüssen nicht so „pressen“ solle.

Die Botschaft Mac Mahons.

In der am 3. d. in Versailles stattgefundenen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Botschaft des Präsidenten der Republik verlesen. Dieselbe lautet:

In dem Augenblicke, wo Sie die Arbeiten wieder aufnehmen, hat die Regierung die Pflicht, Ihnen die allgemeine Lage des Landes auseinanderzusetzen. Ich schulde Ihnen ebenfalls die lohale Kundgebung meiner eigenen Gesinnungen.

Ich habe mich bemüht, während Ihrer Abwesenheit die doppelte Mission der Festigung des Friedens und der Aufrechthaltung der Ordnung gewissenhaft zu erfüllen. Keinerlei innere Verwicklung hinderte das Regierungsteam, während wir uns gewandt haben.

Meine Regierung verabsäumte keine Gelegenheit, um durch Wort und That den festen Entschluß zu bekämpfen, alle Verbindlichkeiten treu zu halten und alle Verträge streng zu achten.

Diese Politik, die Sie stets genehmigt und in wohler Ausgehorrt haben, hat unsere Beziehungen zu den fremden Mächten mit jedem Tage vertieft und vollendet. Keine derselben zweifelt heute an unserer aufrichtigen Wunsche, mit allen Cabineten friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten.

Die Botschaft zeigt weiter die wirtschaftlichen Besserungen infolge der reichlichen Ernte auseinander, welche die industrielle Thätigkeit wieder herbeiführte. Die Ausfuhr im laufenden Jahre wird dieselbe Bissel wie im Vorjahr erreichen. Der den öffentlichen Arbeiten gegebene Anteil wird die Bemühung der nationalen Arbeit unterstützen.

Der Finanzminister wird Ihnen Maßnahmen unterbreiten, die bestimmt sind, Reformen in der Finanzverwaltung zu verwirklichen, die fiscalische Gesetzgebung zu vervollständigen und dem Schmugel zu begegnen. Ein Specialbericht über die Finanzlage wird die Mittel angeben, um das vom Budget 1874 erübrigende Deficit zu decken.

In der Fortsetzung der Botschaft sagt Marschall Mac-Mahon: Bei Besetzung einiger Departements habe ich alleinhalben mit der Ordnungsliebe und dem Bedürfnisse nach Frieden und Sicherheit den Wunsch bestätigt gefunden, daß die von Ihnen als unerlässlich erkannte Organisierung der aus dem Gesetze vom 20. November hervorgegangenen Regierungswalt die Kraft verleiht, der sie zur Erfüllung der Mission bedarf, welche Sie ihr anvertraut haben. Das Land, unauflöslich von verderblichen Doctrinen bewegt, verlangt von Ihnen, den Gang der Regierung zu sichern und durch weise Maßnahmen der Vorauflösung das regelmäßige Funktionieren der öffentlichen Gewalten zu gewährleisten.

Ich hoffe, daß über diese so ernsten Fragen, welche Sie demnächst in Angriff nehmen werden, ein Einvernehmen zwischen Ihnen erzielt werden wird. Ich werde im Einen Theil der Verantwortlichkeit nicht ablehnen und die Dazwischenkunst meiner Regierung wird dabei nicht fehlen.

Ich will Ihnen aber heute sagen, wie ich meine Pflichten in bezug auf die Nationalversammlung und das Land auffasse. Ich habe die Regierungsgewalt nicht übernommen, um den Bestrebungen irgend einer Partei zu dienen, und ich verfolge nichts anderes als das Werk der gesellschaftlichen Vertheidigung und der nationalen Wiederherstellung. Ich rufe, um mich bei Erfüllung dessen zu unterstützen, ohne irgend welche Ausschließlichkeit, alle Männer von gutem Willen und alle jene herbei, deren persönliche Neigung vor den Nothwendigkeiten der Gegenwart und vor der geheiligten Sache des Vaterlandes zurücktreten. Mein heiligstes Verlangen ist, daß mir der Bestand keines derselben fehle. Ich fordere ihn im Namen Frankreichs, dessen Heil und Größe ich allein im Auge habe. In allen Fällen jedoch wird mich nichts in der Erfüllung meiner Aufgabe entmuthigen.

Am 20. November 1873 haben Sie mit im Interesse des Friedens, der Ordnung und der öffentlichen

Sicherheit die Executivegewalt für sieben Jahre antrat; dasselbe Interesse macht es mir zur Pflicht den Posten nicht zu verlassen, auf den Sie mich gestellt, und ihn bis zum letzten Tage mit unerschütterlicher Festigkeit und gewissenhafter Gesetzesachtung einzunehmen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 9. Dezember.

In der am 6. d. in Pest abgehaltenen Konferenz der Deak.-Partei wurde einstimmig beschlossen, die Indemnität vorlage unverändert anzunehmen. Finanzminister Ghyczy sprach die bestimmte Ueberzeugung aus, daß, wenn die Steuervorlagen angenommen werden, das Deficit binnen zwei Jahren gänzlich verschwinden wird. Der Finanzminister ersuchte ferner, die Partei möge den Antrag auf Corrigierung des Katasters ablehnen und den hierauf bezüglichen ausführlichen Gesetzentwurf accepiieren.

In der am 5. d. stattgefundenen Sitzung des deutschen Bundesrathes haben sich, wie die „Allg. Zeit.“ meldet, die Vertreter sämtlicher Regierungen für die Errichtung einer Reichsbank in Verbindung mit dem dem Reichstage vorgelegten Bankgesetzentwurf erklärt. Demnächst werden die bezüglichen Vorschläge Preußens wegen Errichtung einer Reichsbank den Ausschüssen zur Berücksichtigung überwiesen; nach erfolgter Beschlussschaffung des Bundesrathes sollen die Vorschläge der Bankgesetzescommission des Reichstages zur Beratung vorgelegt werden.

Die „Opinione“ spricht von der Aufhebung des deutschen Gesandtschaftspostens beim Papste und sagt: Dieselbe hat eine große politische Bedeutung und wird in der klericalen Partei-Bewegung hervorruhen. Italien dürfe nicht gleichzeitig gegen den Antrag Bismarcks sein und müsse in diesem Antrage einen Steg des Civilisationsprincips erblicken.

Die Nationalversammlung in Versailles beschäftigte sich in letzter Woche mit der Gesetzesvorlage über die Freiheit des Unterrichtes. Bishop Dupanloup sprach gegen Challemel-Lacour, welcher den Gesetzesentwurf bekämpfte und die Ueovergriffe der katholischen Kirche erwähnt hatte. Dupanloup suchte nachzuweisen, daß die größte Gefahr zur Zeit in den bedenklichen Fortschritten des Materialismus und des Atheismus zu suchen sei und erklärte, daß Challemel-Lacour sich bei seiner Interpretation des Syllabus im Irrthume befand. — Die Linke beschloß, vor der Beratung der konstitutionellen Gesetzeswürfe die Auflösung der Nationalversammlung nicht zu beantragen. Die Linke hält die Ablehnung der Gesetzesvorlagen für gewiß und hofft, daß Linke Centrum werde in diesem Falle auch für die Auflösung stimmen. — Dem „Evénement“ zufolge wird die Nationalversammlung sich vom 19. Dezember bis zum 9. Jänner vertagen. — Die „France“ meldet, Deutschland wünsche die Eröffnung von Unterhandlungen wegen Abschluß eines literarischen Eigentum-vertrages zwischen Deutschland und Frankreich.

Die Einladungen zur Fortsetzung der brüsseler Conferenzen in Petersburg sind erfolgt; der Eröffnungstermin wird den Wächen später mittheilt werden.

In Brüssel erhält man günstige Nachrichten über die Vorbereitungen, die in Madrid zur Unterstützung des Bürgerkrieges getroffen werden. 36.000 Mann der letzten Conscription, die bisher nicht vollständig ausgezogen werden konnten, bilden sich jetzt, dem Bezeichnun nach, auf dem Marsch nach der Ebro-Linie, um von dort nach Sanander und weiter dem Oberbefehl des Marschalls Serrano nach San Sebastian gefasst zu werden.

Frauen-Industrie.

Frau Emilie Bach hielt in der letzten Wochenversammlung des niederösterreichischen Gewerbevereines einen längeren Vortrag über den „Einsatz der Nähmaschine auf die Frauen-Industrie.“

Wir entnehmen dem diesjährigen Berichte der „Presse“ folgendes:

Nachdem die Nähmaschine in Thätigkeit gesetzt war, hieß es, sie nehme der Näherin das Brot vom Mund und benahm der fleischigen Hausfrau die langgehegte Ueberzeugung von der Güte und Rüglichkeit ihrer Leistungen auf dem Gebiete der Haushaltung. Da erhob sich der Grimm beider gegen die Maschine und Berufssarbeiterinnen und Dilettantinnen agitierten eifrig gegen das neue Werkzeug. Doch alle Angriffe und Vorurtheile prallten an dem eisernen Körper der Maschine machlos ab; unaufhaltsam eroberte sich diese beinahe das ganze Terrain der weiblichen Handarbeit. Es ist wichen die Frauen der Übermacht und verhielten sich abwartend. Allein im Süden wurdete noch viel von dem alten Vorurtheile.

Die Vortragende führt nun aus, wie ungerechtigt diese noch herrschenden Vorurtheile seien — so der Vorwurf der Unhaltbarkeit der Nähre, der groben Arbeit etc. — und gelangt hierauf zur Untersuchung der Frage, ob die Maschine den Erwerb der Berufssarbeiterin geschmälert und der Hausfrau die gewohnte Beschäftigung benommen habe. Wohl habe die Maschine den größten Theil der weiblichen Handarbeit an sich gerissen und die gleichartige Handarbeit entwertet; aber trotz

dies auf die Hälfte gesunkenen Arbeitslohnes verdiente sich die Maschinäherin das doppelte des früheren Erwerbes. Ganzsamerweise sei gerade durch den Einfluß der Maschine auch der Erwerb der Handarbeiterin auf das doppelte gestiegen infolge der gesteigerten Nachfrage nach Arbeitskräften für Reparaturen und Flickarbeit, wozu sich die Maschine wenig eignet. Auch die Furcht, daß durch die riesige Menge der Erzeugung bald eine Ueberproduktion eintreten werde, habe sich als völlig grundlos erwiesen, denn je mehr der Preis der Näharbeit sank, umso höher stiegerte sich der Bedarf. Durch die Nähmaschine habe die ganze Frauenindustrie den wesentlichsten Umschwung erfahren. Was vorhin nur leidende Haushaltswirtschaft gewesen, habe sich durch den Einfluß der Maschine zu den mannigfaltigsten Zweigen der Großindustrie entwickelt.

Die Vortragende erinnerte hiebei an die Wäsche-, Kleider- und Schuhfabrikation und weist auf den veredelnden Einfluß der Maschine, auf Form und Schnitt dieser Artikel hin. Anderseits seien ganze Zweige der Bekleidungsindustrie in Frauenhände übergegangen, so die Fabrication von Mantills und Damen-Toilettestücken und unzählige andere Industriezweige durch die Maschine neugeschaffen oder beeinflußt worden. Für die Näherin war der leicht zu beschaffende Besitz einer Maschine Retung und Erlösung aus darbender Noth und langsamster Verkümmерung. Sie hat sie erldst von mühsamer, geistbündender Arbeit, sie materiell und moralisch gehoben und ist so zu einer Wohlthätigerin der Menschheit geworden. Was bleibt nun aber der Frau übrig, die die Arbeit liebt um ihrer selbst willen, da ihr die Näh-, Strick-, Stick- und andere Maschinen die Arbeit abgenommen?

„Es ist traurig, wahrzunehmen“, führt die Vortragende fort, „wie eine Maschine die Leistungen der Frau nicht bloß quantitativ, sondern auch qualitativ überholt hat; es beweist dies, wie tief diese Leistungen gestanden und wie werth- und bedeutungslos sie gewesen sind; daß wir in träger Stagnation auf dem ererbten Gebiete unserer Handarbeit immer mehr und mehr von der Kunstleistung eingebüßt hatten, die, wie einst in alter, alter Zeit, die Frauen ihrer Arbeit mittelst der Nadel zu geben verstanden. Ehemals schufen die Frauen mit Hilfe der Nadel wahre und echte Kunstwerke; ihre Arbeiten, für welche der jetzige Zeit sogar der Maßstab der Urtheilung fehlt, wurden beiseitegestellt von der großen Kunst, gefördert von Künstlern ersten Ranges.“

Die Vortragende gedenkt bei dieser Gelegenheit der Meßgewänder und Kronungsornate mit eingefügten Bildwerken aus den Zeiten des Mittelalters und der Renaissance, der gestickten Wandtäfelchen der Niedersänder, der Spizienarbeiten Benedigs, Genua's und Frankreichs und fährt fort: „Mit dem Verfall der großen Kunst und mit der Entartung aller Kunstgewerbe im 18. Jahrhundert ist auch der künstlerische Werth der Nadelarbeit der Frauen verschwunden. Was wir im 19. Jahrhundert als Näh- oder Strickarbeit von unseren Müttern erlernen, stand und steht in keinerlei Zusammenhang mit der Kunst. Wie die Maschine die Berufssarbeiterin gezwungen hat, neue Bahnen zu gehen, so scheucht dieselbe Maschine auch die Dilettantin aus der behaglichen Ruhe auf und zwingt jene, die nicht gänzlich auf manuelle Thätigkeit verzichten wollen, neue Bahnen zu gehen und höhere Ziele zu verfolgen.“

Es steht uns noch immer ein weites Feld offen — das Feld der Kunstindustrie. Der Maschine, die als führner Eindringling in das Gebiet der Frauenindustrie eintrat, verdanken wir die Erkenntnis, daß jener ererbte Boden, auf dem wir vorher unangefochten gehaust, ein steriler, unfruchtbare, uncultivierter gewesen; wir verdanken ihr die zwangsweise Eröffnung fortschrittlicher Bahnen. Auf diesen müssen wir nun nicht vorwärts schreiten. Wir haben den Kampf gegen den Eindringling bereits aufgegeben, wir haben das Vorurtheil fallen sehen, hinter das wir uns verschrankt, und wir haben die Thätigkeit der Maschine acceptiert und Frieden gemacht. Nun sollten wir auch den letzten bezeichnenden Schritt noch thun, vor der ansäuglich bekämpften Macht uns beugen und huldigend den großen Geist erkennen, der tatsächlich in der Maschine sich verkörpert — den fortschrittlichen Menschengeist.

Gagesneuigkeiten.

— (Prüfung des Kronprinzen.) Am Samstag den 5. d. fand in Gegenwart Sr. Majestät des Kaisers und mehrerer höherer Militärs die Prüfung Sr. f. f. Hoheit des durchlauchtigsten Erzherzogs Kronprinzen Rudolf über Terrailchre und Heeresorganisation statt, welch letztere sich über die Gliederung der Gesamtstreitkräfte, die Heeresergänzung, das Wehrgesetz in allen seinen Consequenzen erstreckte. Die Prüfung währt zwei Stunden. Se. Majestät, mit den aussonderlichen Kenntnissen des durchl. Kronprinzen vollkommen zufriedengestellt, drückte dem Instruktur, Landwehrobersten Wagner, seine volle Anerkennung aus.

— (Aus Pensionopolis.) Aus dem Militärkalender „Janus“ ist zu ersehen, daß in Graz derzeit unter allen Städten der Monarchie die meisten pensionierten Militärs leben. Es wohnen in Graz gegenwärtig über 300 Stabsoffiziere in Pension, und zwar 5 Feldzeugmeister, 8 Generale der Cavallerie, 21 Feldmarschallleutnants, 27 Generale, 71 Oberste, 54 Oberstleutnants und 120 Majore.

— (Sterbfälle in Graz.) BMZ. Paul Freiherr v. Haen; Johann Hoffmann, f. l. Oberstleutnant im Ruhestande, im Alter von 80 Jahren; Werner Ulrich v. Alvensleben, Hans Nogatz, f. l. Oberstleutnant im Ruhestande, und Anton Patzmann, f. l. Oberlandesgerichtsrath, im Alter von 69 Jahren.

— (Christianer Bahnh.) Das f. l. Handelsministerium hat auf Grund des Ergebnisses der am 24. September stattgefundenen politischen Begehung der Variante zwischen Profil 141 und 148 bei Brucka auf der Eisenbahnlinie Divazza-Pola den Bauconsens für diese Variante nach Abgabe der Bestimmungen des betreffenden Commissionsprotokolles unter 13. November d. J. ertheilt.

— (Erdbeben.) Dem „Tiroler Boten“ wird aus Hall berichtet, daß daselbst am 3. Dezember 25 Minuten nach 1 Uhr nachts eine Erderschütterung von stoßartiger Wirkung gefühlt und gehört wurde. Die ersten zwei Sätze waren mit einer Detonation wie die einer fernern Palverexplosion verbunden. Mehrere leichte Erdächerungen folgten, von dumpfem Rollen begleitet, innerhalb zwei bis drei Secunden auf die ersten. In Häusern des Absamer Kästel fielen infolge dieses Erdbebens Bilder von den Wänden und in der Pfarrkirche in Hall Kerzen von den Altarleuchtern. Auf den Nebengeleisen des dortigen Bahnhofes gerieten sogar dort stehende leere Waggons in Bewegung.

— (Prozeß Arnim.) Die Gerichtsverhandlung im Prozeß Arnim wird drei Tage dauern. Als Richter fungieren Vorsitzender Reich, als Beifitzer Ossowski und Giersch. Der Staatsanwalt wird den Antrag auf Ausschluß der Dessenlichkeit stellen, die Richter werden über diesen Antrag zu beraten und zu entscheiden haben. Unter den Zeugen neunten man Feldmarschall v. Manteuffel. Graf Arnim befindet wird als ziemlich gut bezeichnet.

Locales.

Krainischer Grundentlastungsfond.

Die hohe Wichtigkeit der Regelung der Verhältnisse des Grundentlastungsfondes uns insbesondere der begünstiglichen Beziehungen zwischen Staat und Land sind wiederholt sowohl vonseiten der Regierung als auch den Vertretungen des Reiches und Landes anerkannt worden. Zur Klärstellung dieser Verhältnisse und Beziehungen erschien es dem Landesausschüsse des Herzogthums Krain erschließlich, alle auf die Verhältnisse des krainischen Grundentlastungsfondes bezughabenden Verhandlungen zu sammeln und in einer 98 Drucksachen enthaltenden Broschüre der Öffentlichkeit zu übergeben. Diese Broschüre enthält folgende Schriften:

1. Bericht der Rechenschafts- und Finanzausschüsse im Landtage 1872 wegen gänzlicher Regelung der Geldverhältnisse des krainischen Grundentlastungsfondes zum Staate.

2. Erster Landtagsentwurf inbezug auf definitive Regelung der Verhältnisse des krainischen Grundentlastungsfondes zum Staate.

3. Regierungsentwurf eines Uebereinkommens zwischen dem f. l. Finanzministerium in Vertretung der Staatsverwaltung und der krainischen Landesvertretung inbezug auf diese Regelung.

4. Bericht des landtaglichen Finanzausschusses inbezug dieser Regelung.

5. Zweiter Landtagsentwurf eines Uebereinkommens in derselben Angelegenheit.

6. Vergleichung dieser drei Uebereinkommensentwürfe.

7. Antrag inbezug der Unverzinslichkeit der Staatsvorschüsse.

8. Antrag betreffend die Höhe der Grundentlastungsfondsumlagen zur indirekten Steuer.

Diesen Verhandlungen ist ein Anhang bezüglich der Grundsteuerüberbildung in Krain beigegeben, der nachstehend bezeichnete Aktenstücke reproduziert:

1. Das Projektsstudie der Stände Krains vom 9. Mai 1844.

2. Einen Aufzug aus dem stenographischen Bericht der 18. Langtagssitzung ex 1863.

3. Einen Aufzug aus dem stenographischen Bericht der 40. Landtagssitzung ex 1863.

— (Aus dem Vereinsleben.) Die Generalversammlung der laibacher Citalnica findet am 13. d. um 10½ Uhr vormittags statt. Tagesordnung: Begrüßungsansprache des Obmannes. 2. Bericht über die Thätigkeit des Vereins. 3. Bericht des Kassiers. 4. Anträge einzelner Mitglieder. 5. Wahl des Obmannes, Kassiers und der 15 Ausschüsse. — Am 8. d. abends arrangierte der katholische Verein zum Vortheile armer, kleidungsbedürftiger Kinder eine Tombola. — Der katholische Gesellenverein wählte an Stelle des verstorbenen Dr. Boncina den h. Herrn J. Gnezda, Präfekt im hiesigen Aloisianum, zu seinem Vorstande und den h. Herrn J. Blis, Ratsherr bei den ehrl. Ursulinerinnen, zum Vorstandstellvertreter. Die Vereinsmitglieder werden vom städt. Volksschullehrer Herrn Močai im Rechnen und vom h. Pater Angelik im Gesang unterrichtet. Der Verein zählt 35 ordentliche und 10 Ehrenmitglieder. — Der Lehrjungenverein, dessen Mitglieder an Sonn- und Feiertagen in den Lokalitäten des Gesellenvereins unterrichtet werden, zählt 70 Mitglieder. — Der katholische Verein besteht am 6. d. 25 arme Mädchen und Knaben mit vollständigen Winteranzügen. — Die Citalnica in Wippach hält am 18. d. ihre Generalversammlung.

